

Kein Volkswagenstandort im Kriegsland Türkei!

Offener Brief an die Mitglieder des Aufsichtsrates der Volkswagen AG aus Politik und Gewerkschaft

Dr. Bernd Althusmann, Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Jörg Hofmann, Industriegewerkschaft Metall

Johan Järvklo, Generalsekretär des Europäischen und des Weltkonzernbetriebsrats der Volkswagen AG

Ulrike Jakob, Stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der Volkswagen AG Werk Kassel

Peter Mosch, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der AUDI AG

Bertina Murkovic, Vorsitzende des Betriebsrats Volkswagen Nutzfahrzeuge

Bernd Osterloh, Vorsitzender des Gesamt- und Konzernbetriebsrats der Volkswagen AG

Conny Schönhardt, Gewerkschaftssekretärin beim IG Metall Vorstand, StSt Strategische und Politische Planung

Athanasios Stimoniaris, Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der MAN SE und des SE-Betriebsrats

Stephan Weil, Niedersächsischer Ministerpräsident

Werner Weresch, Vorsitzender des Gesamt- und Konzernbetriebsrats der Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bezug nehmend auf den Artikel der Braunschweiger Zeitung vom 08. Oktober 2019, fordere ich Sie auf, der Gründung eines Volkswagenwerkes in der Türkei nicht zuzustimmen.

Volkswagen würde gut daran tun seine Standortentscheidung zu revidieren. Die Regierung von Präsident Erdogan war ja schon des öfteren wegen Korruption und Vetternwirtschaft ins Visier der Behörden in der Türkei geraten. Gelöst wurden diese Vorwürfe im Normalfall durch Austausch der Richter und Staatsanwälte. Wenn Herr Dies mit solch einem Präsidenten tatsächlich persönlich hinter verschlossenen Türen verhandelt hat, ist das nicht besonders klug, von einem Mann der im Glashaus sitzt. Zudem unterstützt Volkswagen damit tatsächlich die Kriegspolitik Ankaras. Erdogan braucht nichts dringender als Wirtschaftliche Stabilität, um seine schmutzigen Kriege führen zu können. Genau dazu trägt VW aber mit seiner Standortwahl bei. Ohne die Investitionen aus dem Ausland und hier insbesondere das viele Geld aus Deutschland, wäre der Krieg nicht mehr möglich. Mit der Entscheidung erleidet VW auch einen weiteren erheblichen Imageschaden, was die Aufsichtsratsmitglieder aus Politik und Gewerkschaft dazu bringen sollte, diese abzulehnen. Die Behauptung man würde ja den Menschen in der Türkei mit dem Werk helfen ist genauso falsch, wie die Aussage bei Olympia 1936 wäre es um den Sport gegangen. Sie können nicht so tun, als wäre das ein ganz normaler Wirtschaftsstandort. Die Internationalen Proteste gegen den Krieg zeigen, das Volkswagen auch im eigenen Interesse nicht gut daran tut, dieses Regime zu stabilisieren.

Ich fordere Sie auf, öffentlich gegen diese Standortentscheidung Stellung zu beziehen.

Mit besten Grüßen

Lars Hirsekorn

Braunschweig 10. Oktober 2019

Mitarbeiter am Standort Braunschweig